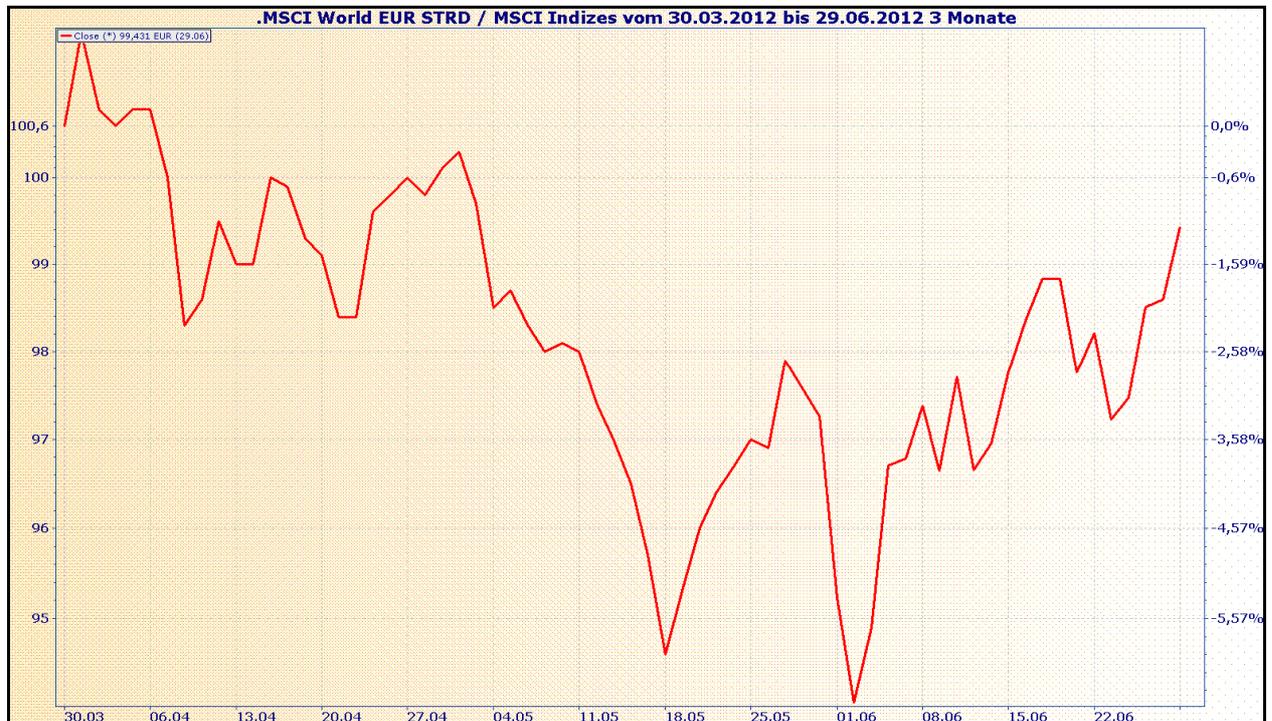


Kommentar des Fondsberaters Schmitz & Partner AG:

Für die internationalen **Aktienmärkte** gab es im **zweiten Quartal** nur geringere Veränderungen. Der Weltaktienindex *MSCI World* fiel minimal, nachdem er Anfang Juni noch sechs Prozent im Minus lag:



Quelle: vwd portfolio manager 4.30.3

Am **Rentenmarkt** gab es im abgelaufenen Quartal einen weiteren Zinsrückgang. Die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihen fiel von 2 Prozent auf nur noch 1,75 Prozent.

Am **Devisenmarkt** gab es erneut nur minimale Veränderungen beim Wechselkurs des Schweizer Frankens gegenüber dem Euro. Der Kurs bewegte sich nach wie vor in einer sehr engen Spannbreite zwischen 1,20 und 1,21 Franken pro Euro. Die von der Schweizer Nationalbank seit dem 6. September 2011 aufgebaute Verteidigungsmauer gegen einen zu schwachen Euro (bzw. einen zu starken Schweizer Franken) von 1,20 Franken für einen Euro hat also vorläufig weiterhin gehalten.

Allerdings sind die von der Schweizer Nationalbank aufgewendeten Summen für das Aufkaufen von Euro weiter dramatisch gestiegen: so explodierten allein im Monat Mai die Devisenreserven der Nationalbank um knapp 70 Milliarden und im Juni noch einmal um weiter knapp 60 Milliarden auf inzwischen rund 365 Milliarden Franken.¹ **Wir von Schmitz & Partner sind zunehmend gespannt, wie lange die Verteidigungslinie von 1,20 Franken pro Euro von der Schweizer Nationalbank noch gehalten werden kann.** Denn je mehr Euro von der Nationalbank aufgekauft werden müssen, desto brisanter wird die Situation. Und so ist es aus unserer Sicht auch nicht verwunderlich, dass von Seiten der Schweizer Nationalbank bereits von „Massnahmen zur Einschränkung“

¹ Vgl. *Finanz und Wirtschaft* vom 7. Juli 2012, Seite 27. Die Schweizer Währungsreserven betragen damit inzwischen rund 62 Prozent des Bruttoinlandproduktes.

kung oder Unterbindung von Kapitalflüssen“ oder noch deutlicher von „**Kapitalverkehrskontrollen**“² gesprochen wird, für den Fall, dass der Mindestkurs von 1,20 Franken unter dem Druck der Realitäten aufgegeben werden muss. Der Präsident der Schweizer Nationalbank *Thomas Jordan* bemerkt in diesem Zusammenhang: „Wir müssen auch für den Fall der Fälle vorbereitet sein, dass die Währungsunion zusammenbricht, obwohl ich nicht damit rechne.“³

In Gesprächen mit unseren Kunden stellen wir immer wieder fest, wie überrascht und erschrocken viele Anleger reagieren, wenn wir von *Schmitz & Partner* die Einführung von Kapitalverkehrskontrollen auf absehbare Zeit für möglich halten. „Sind Kapitalverkehrskontrollen denn überhaupt erlaubt?“ ist in diesem Zusammenhang eine häufig gestellte Frage. Grundsätzlich sind Kapitalverkehrskontrollen nach Artikel 63 des Gesetzes zum Gemeinsamen Binnenmarkt zwar verboten, aber nach Artikel 66 kann „bei ernststen Schwierigkeiten in der Wirtschafts- und Geldpolitik“ eine Ausnahme gemacht werden. Und so steigt aus unserer Sicht die Eintrittswahrscheinlichkeit zum einen für eine Kontrolle der Kapitalströme für wirtschaftlich schwache Länder wie zum Beispiel Griechenland, die einen Abfluss von Geldern verhindern wollen, zum anderen aber auch für starke Länder wie die Schweiz, die sich vor dem Zustrom immer größerer Geldbeträge schützen wollen. Auf Sicht von einigen Jahren **kann es sogar in Deutschland Kapitalverkehrskontrollen geben**, denn um die immer stärker steigende Staatsverschuldung zu reduzieren, könnte auch eine Regierung in Deutschland gezwungen sein, Sparer und Anleger (teilweise) zu enteignen.⁴ „Damit Sparer, die man so melken will, nicht flüchten, könnten die Daumenschrauben angezogen werden, etwa in Form von Kapitalverkehrskontrollen, Strafsteuern oder dem Verbot des Besitzes von alternativen Anlagen, etwa von Gold.“⁵

Diese Gefahren sollte jeder Sparer in seine Anlageüberlegungen mit einbeziehen, auch wenn er es aus heutiger Sicht für unwahrscheinlich oder gar unmöglich hält! Wir zitieren in diesem Zusammenhang die amerikanische Schriftstellerin und Philosophin *Ayn Rand* (1905 - 1982): „**Man kann die Realität ignorieren, aber man kann nicht die Konsequenzen der ignorierten Realität ignorieren.**“

Aus unserer Sicht sind die beschriebenen Gefahren in den beiden Tagen vor dem letzten Juniwochenende noch deutlich gestiegen. Auf dem denkwürdigen Euro-Krisengipfel in Brüssel haben die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union „...

² Beide Zitate stammen aus der *Finanz und Wirtschaft* vom 30. Mai 2012, Seite 21.

³ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 30. Mai 2012, Seite 15. In dem Artikel von *Jürgen Dunsch* „Die Schweizer haben genug vom Euro“ berichtet der Autor, wie die Schweiz unter dem Eindruck der Euro-Turbulenzen an einem Notfallplan für Kapitalverkehrskontrollen arbeitet und wie gleichzeitig mit starker Rhetorik der Mindestkurs des Franken zum Euro gehalten werden soll.

⁴ Im Zusammenhang mit dem Stichwort „Finanzielle Unterdrückung“ kann eine schleichende Enteignung der Anleger in Sparguthaben und Staatsanleihen schon jetzt beobachtet werden. Durch direkte und indirekte Markteingriffe von Regierungen und „unabhängigen“ Notenbanken auf den Geld- und Kapitalmärkten werden zum einen die Zinssätze unter die Inflationsrate manipuliert und zum anderen wird noch zusätzlich ein höheres Inflationsniveau angestrebt. Das sorgt für negative Realzinsen und führt zu der gewünschten realen (nicht jedoch nominalen) Entwertung der Staatsschulden, aber auch zu einer Vernichtung von realer Kaufkraft beim Sparer.

⁵ *WirtschaftsWoche* vom 4. Juni 2012, Seite 137. In dem Artikel „Finanzielle Repression – Vermögen verloren“ wird dargestellt, dass der Staatsschuldenabbau in der Phase von 1940 bis 1979 durch finanzielle Unterdrückung hervorragend funktioniert hat: „Nahezu überall in der freien Welt haben Anleger mit Anleihen und Geldmarktpapieren real Vermögen verloren und so zum Schuldenabbau beigetragen.“ In der Untersuchung der Renditen von Anleihen, Geldmarktpapieren und Aktien nach Abzug der Inflation in fünf Ländern über vier verschiedene Zeitspannen im 20. Jahrhundert wird deutlich, dass nur die Aktienanlage den realen Vermögensverlust vermeiden und die Kaufkraft erhalten konnte.

aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) ein Instrument zur Gemeinschaftshaftung für Banken in der Euro-Zone gemacht. Das ist unglaublich.“⁶ Selbst neutrale Medien schreiben in aller Deutlichkeit von „Erpressung“ und „... dass die deutsche Regierung im massiven Kesseltreiben eingeknickt ist und den Weg zur europäischen Schulden-Union freigemacht hat.“⁷ Zu einer sehr ähnlichen Sicht kommt *Hans-Werner Sinn*: „Auf Frau Merkel wurde vom Ausland mehr Druck ausgeübt, als je zuvor ein deutscher Kanzler nach dem Krieg hat aushalten müssen. Es wurde ein Kesseltreiben veranstaltet. Um an unser Geld zu kommen, hat man Deutschland imperiale Gelüste vorgeworfen und uns den Hass der Völker prophezeit. Dem Druck konnte Angela Merkel nicht mehr widerstehen.“⁸ Auf einen einfachen Nenner gebracht: **Das Schuldenmachen geht unvermindert weiter und die Staatsschulden werden weiter aufgeblasen.**



Quelle: Handelsblatt vom 10. Mai 2012, Seite 8

Mit der Bankenunion ist auch ein europäischer Sicherungsfonds für Bankeinlagen verbunden – das klingt gut, ist es aber nicht. „Damit würde das Sicherheitsnetz, das unter den deutschen Sparern gespannt ist, auch Sparer anderer Länder absichern.“ „Die Hauptlast eines europäischen Sicherungsfonds für Bankeinlagen würden die deutschen

⁶ *Holger Steltzner* in dem Artikel „In der Euro-Haftung“ in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 30. Juni 2012, Seite 1. Der Autor führt unter anderem aus, dass *Angela Merkel* zwar die Einführung von Euro-Bonds (noch) verhindert, aber gleichzeitig zugestimmt habe, den ESM zur Euro Bad Bank auszubauen. Dies könne am Ende teurer als die Euro-Bonds werden, weil die Bankeinlagen in der Euro-Zone höher als die Staatsschulden seien. *Holger Steltzner* ist Mitherausgeber der FAZ.

⁷ *Neue Zürcher Zeitung* vom 30. Juni 2012, Seite 47.

⁸ *Hans-Werner Sinn* im Interview mit dem *Handelsblatt* vom 2. Juli 2012, Seite 10 - 11. Prof. Sinn leitet seit 1999 das Ifo-Institut in München, eines der einflussreichsten deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute.

Sparer tragen müssen.“⁹ Die Konsequenz daraus ist, dass Deutschland längst erpressbar geworden ist, und obendrein der Zug in Richtung Transferunion schon lange abgefahren ist. „Das Land haftet bereits für rund 700 Milliarden Euro, beim Auseinanderbrechen der Union würde der Betrag unter anderem aufgrund der Verbindlichkeiten anderer Notenbanken bei der Deutschen Bundesbank schlimmstenfalls auf weit über 1000 Milliarden Euro steigen.“¹⁰

Besonders dramatisch formuliert es *Klaus Stopp* von der *Baader Bank AG*: „**Politiker führen Deutschland zur Schlachtbank**. Es ist schon verwunderlich wie gelassen Deutschlands Bürgerinnen und Bürger auf den Ausverkauf ihrer Werte und Güter reagieren. Nach dem Aus im Halbfinale der Fußball-Europameisterschaft drängt sich der Eindruck auf, dass in Deutschland zwar Millionen von Bundestrainern leben, aber keine Menschen mit finanzpolitischem Sachverstand. Anders ist es nicht zu verstehen, dass nach den Beschlüssen in Brüssel und im Bundestag bzw. Bundesrat kein Aufschrei durch unser Land gegangen ist. Denn eigentlich müssten wir auf die Straße gehen und uns gegen das ‚Diktat der Schuldenländer‘ wehren. Aber wo sind nur unsere ‚Wutbürger‘? ... Sich nun auf die Richter des Bundesverfassungsgerichts zu verlassen ist töricht. Im besten Fall werden noch verschiedene Auflagen angeregt, aber verhindern wird kein Richter den Fiskalpakt und den ESM. Damit müssen wir uns abfinden oder aufbegehren!“¹¹

Ähnlich drastisch schreibt *Eberhard Hamer* zu diesem Thema: „Die Bundestagsbeschlüsse zur Fiskalunion und zum ESM (‚Europäische Schuldenmaschine‘) wären ein **zweites Ermächtigungsgesetz**, mit dem Deutschland seine Finanzsouveränität einer europäischen Diktatur überantwortet. Wie das erste Ermächtigungsgesetz 1933 eine nationale Diktatur geschaffen hat, schafft das zweite eine europäische Finanzdiktatur.“¹² Wir von *Schmitz & Partner* haben die Hoffnung auf eine verantwortungsbewusste Bevölkerung in Deutschland noch nicht aufgegeben und schließen uns dem Aufruf von *Hans-Werner Sinn* an: „Werdet mündige Bürger und lasst das nicht alles mit euch geschehen. Denn ihr seid es ja, die das kurzfristige Denken langfristig ausbaden müssen.“¹³

⁹ Beide Zitate sind dem *Handelsblatt* vom 27. Juni 2012, Seite 1, entnommen. In dem Artikel „Deutsche Spareinlagen – Objekt der Begierde“ wird aufgeführt, dass die deutschen Banken Spar- und Termineinlagen in der Höhe von 1.800 Milliarden Euro verwalten, was fast so viel wie das gesamte Sparvolumen der Bürger aus den vier Krisenländern Italien, Spanien, Irland und Portugal ausmacht.

¹⁰ Zitat aus dem lesenswerten Artikel von *Michael Rasch*: „Merkel – Gefangene der Märkte und des ‚Club Med‘“ in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 30. Juni 2012, Seite 21. Der Autor beschreibt, dass aus der Sicht der Märkte nur zwei Lösungen für die Schuldenproblematik existieren, eine Fiskal- und Transferunion oder ein Ende der Euro-Zone. Gleichzeitig räumt er auf „mit dem Märchen von Deutschland als Hauptprofiteur des Euro“ und der „eingebildeten Opferrolle der Südeuropäer“.

Eine ähnliche Sicht der Dinge vertritt DER SPIEGEL vom 2. Juli 2012 in dem Artikel „Geisel des Südens“ auf den Seiten 18 - 26, wo er sich über Angela Merkel wundert, die noch zwei Tage vor dem Gipfel in Brüssel vor der FDP-Bundestagsfraktion äußert, „Eine gesamtschuldnerische Haftung wird es nicht geben, solange ich lebe.“, um dann anschließend genau dieser gemeinschaftlichen Haftung zuzustimmen.

¹¹ *Baader Bond Markets* vom 5. Juli 2012, Seite 1. Die *Baader Bank* ist im Handel mit Finanzinstrumenten eine der führenden Investmentbanken in Deutschland. Sitz des Unternehmens mit seinen 400 Mitarbeitern ist Unterschleißheim bei München.

¹² *Eberhard Hamer* in *Zeit-Fragen* Nr. 22 vom 21. Mai 2012, Seite 4. Prof. Dr. Eberhard Hamer war bis zu seiner Emeritierung im Jahr 1994 Professor für Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Bielefelder Fachhochschule der Wirtschaft. In den 1970er Jahren gründete er das privat geführte *Mittelstandsinstitut Niedersachsen* in Hannover. *Zeit-Fragen* mit Sitz in Zürich (www.zeit-fragen.ch) ist eine Wochenzeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts. Hervorhebungen durch *Schmitz & Partner*.

¹³ *Hans-Werner Sinn* im Interview mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 13. Juni 2012, Seite 31.

Zum Abschluss empfehlen wir noch die Lektüre der beiden beigefügten **Artikel** aus der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 27. April 2012, Seite 21 und aus dem *Handelsblatt* vom 12. Juni 2012, Seite 35. Wer Bild und Ton bevorzugt, dem seien die beiden folgenden aktuellen **Filmbeiträge** des Verfassers dieser Berichte empfohlen:

- Fernsehinterview mit dem *Deutschen Anleger Fernsehen* in der Frankfurter Wertpapierbörse am 24. April 2012:
<http://www.daf.fm/video/vermoegensverwalter-dr-schmitz-boersentipp-a-la-kostolany-50153475.html>
- Vortrag in München mit dem Thema „Risikofaktor Euro – Weltwährung oder Enteignung des deutschen Sparer?“ am 20. April 2012:
<https://vimeo.com/user8252874/review/41690676/807a8c50e4>
(Kennwort: schmitzpbk)

Beide Filmbeiträge können auch über die Homepage der *Schmitz & Partner AG* (www.schmitzundpartner.ch) in dem Unterpunkt „Vorträge Dr. Holger Schmitz“ abgerufen werden.